

Antrag

der Abgeordneten Michaela Hustedt, Gila Altmann (Aurich), Franziska Eichstädt-Bohlig, Dr. Uschi Eid, Ulrike Höfken, Steffi Lemke, Egbert Nitsch (Rendsburg), Dr. Jürgen Rochlitz, Albert Schmidt (Hitzhofen), Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Ursula Schönberger, Helmut Wilhelm (Amberg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Konsequenzen aus den Ergebnissen der Klimakonferenz in Kioto für die deutsche und europäische Umweltpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit den Beschlüssen des Erdgipfels 1992 in Rio, der Klimakonferenz 1995 in Berlin und des Gipfels „Fünf Jahre nach Rio“ im Sommer 1997 in New York verpflichtete sich die internationale Staatengemeinschaft zum Schutz des Klimas und zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen. Die Dritte Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention, die vom 1. bis 10. Dezember 1997 in Kioto stattfand, sollte zur Verminderung des Treibhauseffektes ein verbindliches Protokoll zur Reduktion der Treibhausgasemissionen beschließen. Gemessen an diesem Anspruch ist das Ergebnis der Kioto-Konferenz absolut unzureichend.

Die EU hat zwar die politische Führung im internationalen Klimaschutz übernommen, konnte sich in Kioto mit ihrer Position aber nicht gegen die USA und andere Bremserstaaten durchsetzen. Angesichts der großen Lücke zwischen dem Klimaschutz-Anspruch und der tatsächlichen Klimaschutzpolitik in der EU und den meisten EU-Mitgliedstaaten, so auch Deutschland, ist die deutsche und europäische Position unglaubwürdig und hat daher nur begrenzte Ausstrahlungskraft. An der Blockade der CO₂/Energiesteuer, der unzureichenden EU-Förderung der erneuerbaren Energieträger und dem ungebremsen Verkehrswachstum in Europa trägt die Bundesregierung große Mitverantwortung. Auch im Hinblick auf zukünftige VN-Klimabeschlüsse ist eine glaubwürdige nationale und EU-Klimapolitik unabdingbar.

Die verfehlte, konzeptionslose Klimaschutzpolitik der Bundesregierung wird dazu führen, daß Deutschland das Klimaschutzziel nicht erreicht. Ohne den industriellen Niedergang in Ostdeutschland lägen die jährlichen deutschen CO₂-Emissionen heute sogar

höher als 1990. Die Selbstverpflichtungen der deutschen Industrie und die Maßnahmen der Interministeriellen Arbeitsgruppe „CO₂-Reduktion“ erwiesen sich damit als ungenügend. Politiksszenarien über die mögliche Erreichbarkeit des Klimaschutzziels bleiben unverbindlich, wenn sie nicht in konkrete Kabinettsbeschlüsse zu einem wirksamen Klimaschutzaktionsprogramm umgesetzt werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. am deutschen Klimaschutzziel festzuhalten,
2. sich auf europäischer Ebene für die Beibehaltung des EU-Klimaschutzziels einzusetzen,
3. aufbauend auf dem bisherigen Ziel der 25prozentigen Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2005 auf der Basis des Jahres 1990 ein erweitertes 30-Prozent-Ziel bis 2010 zu beschließen,
4. für alle anderen Treibhausgase eigene Reduktionsziele aufzustellen, die nicht auf die angestrebten CO₂-Minderungen anzurechnen sind,
5. umgehend ein wirksames Klimaschutzprogramm mit folgenden Elementen zu beschließen:
 - Einstieg in die ökologisch-soziale Steuerreform,
 - Erlass einer Wärmenutzungsverordnung,
 - Altbausanierung,
 - Verschärfung der Wärmeschutzverordnung,
 - Wiederaufnahme des Bund/Länder-Programms zur Fernwärmesanie rung in den neuen Bundesländern,
 - Einstieg in die Verkehrswende mit der Verlagerung der Verkehrsströme auf die Schiene und dem Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs,
 - Maßnahmen zur Beschleunigung von Innovationen, z. B. der Einführung des 3-Liter-Autos,
 - Gegensteuern bei der ungebremsten Zunahme des Flugverkehrs, insbesondere durch den Abbau der Steuervergünstigung beim Flugbenzin,
 - Überarbeitung des Energiewirtschaftsgesetzes unter ökologischen Gesichtspunkten,
 - Weiterentwicklung des Stromeinspeisungsgesetzes mit kostendeckender Vergütung für Photovoltaik und Windenergie im Binnenland sowie Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung,
 - Ausstieg aus der Atomenergie,
 - Förderung der ökologischen Landwirtschaft.

Bonn, den 10. Dezember 1997

Michaele Hustedt

Gila Altmann (Aurich)

Franziska Eichstädt-Bohlig

Dr. Uschi Eid

Ulrike Höfken

Steffi Lemke

Egbert Nitsch (Rendsburg)

Dr. Jürgen Rochlitz

Albert Schmidt (Hitzhofen)

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)

Ursula Schönberger

Helmut Wilhelm (Amberg)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

